

**Zum Artikel „Sanierung der K 39 in Borstel auf 2021 verschoben“ und „LKW Rastplätze an der K39 stoßen auf Ablehnung“ (TAGEBLATT vom 12. und 23. Mai) schreibt Hartmut Fuchs, Dollerner Straße in Guderhandviertel:**

Da erwähnt der Landrat in einer nichtöffentlichen Sitzung des Kreisausschusses mal eben nebenbei, dass die Verwaltung einen schweren Fehler bei der Ausschreibung des Bauvorhabens K39 gemacht hat und dass diese nun wiederholt werden muss. Da erwähnt er beiläufig, dass die Kosten für dieses Projekt nun nicht mehr zirka 6,9 Millionen Euro sondern über 10 Millionen Euro betragen werden. Diskussion? Begründung? Vielleicht merkt es keiner? Glücklicherweise hat es Herr Vasel vom TAGEBLATT öffentlich gemacht. Da muss die FWG und FDP gegen den expliziten Willen des Landrates einfordern, dass endlich wieder Sitzungen der Ausschüsse stattfinden. Denn die haben die Aufgabe, die Verwaltung zu kontrollieren, und das sollten sie auch jetzt tun können.

Wenig später reagiert der Landrat ablehnend auf neue Anregungen zum Ausbau der K39 - angeblich aus „Kostengründen“, weil die Haushaltslage durch die Folgen der Corona-Krise längerfristig angespannt sein wird. Wie verträgt sich das mit der Kostenerhöhung für den Ausbau der K39 um mehr als 3 Millionen Euro? Ganz einfach: Dem Landrat kommen die Begleiterscheinungen die Corona-Krise für seinen politischen Kurs in dieser Frage gerade recht - und er nutzt sie. Das ist die „Stunde der Exekutive“, Marke Roesberg. Er will die ertüchtigte K39 unbedingt, und zwar im Interesse der überregionalen Logistikbranche, für den Schwerlastverkehr, da spielen Kosten keine Rolle.

Andernorts werden die gravierenden Folgen der Corona-Krise durchaus als Anlass für Veränderungen gesehen, als Chance, bestehende Planungen gründlich zu überdenken. Leider nicht so im Landkreis Stade. Dabei wäre es eine gute Gelegenheit, jetzt das größte Einzel-Investitionsprojekt des Landkreises „K39“ vorläufig zu stoppen und gründlich zu überplanen. Mit einem deutlich reduzierten Kostenrahmen und entsprechenden Vorgaben: mäßiger Ausbau für mäßige Belastungen, dauerhaftes Verbot des LKW-Schwerlastverkehrs. Zumal die Fertigstellung des Anschlusses der A26 an die A7 ja vorangetrieben wird und der Schwerlastverkehr keine zwei Transit-Strecken durch das Alte Land braucht.

..